

**PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS**

Wien I, Löwelstraße 12  
Postfach 124 1014 Wien  
Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 13/5451

A. Z.: R-1084/M/R

Betreff:

Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das  
Aktenzeichen anzugeben.

Zum Schreiben vom .....

A. Z.: .....

Wien, am 6. Dezember 1984

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	60 -GE/19 84
Datum:	10. DEZ. 1984
Verteilt	1984 -12- 12 <i>framen</i>

*St. Gschwanzl*

Betreff: Entwurf eines Abkommens zwischen Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs übermittelt in der Anlage 25 Exemplare ihrer Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Entwurf.

Für den Generalsekretär:

25 Beilagen*o. Gschwanzl*

## ABSCHRIFT

## PRÄSIDENTENKONFERENZ DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS

Wien I, Löwelstraße 12

Postfach 124 1014 Wien

Telefon 63 07 41, 63 77 31 Fernschreiber 13/8451

A. Z.: R-1084/M/R

Es wird ersucht, bei Antwortschreiben das  
Aktenzeichen anzugeben.

Betreff:

Zum Schreiben vom 1.10.1984

A. Z.: 13.523/02-I 3/84

Wien, am 4. Dezember 1984

An das  
Bundesministerium für Land-  
und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1010 Wien

Gegenstand: Entwurf eines Abkommens zwi-  
schen Republik Österreich und  
der Tschechoslowakischen  
Sozialistischen Republik über  
die Zusammenarbeit auf dem  
Gebiet des Pflanzenschutzes.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-  
reichs beehrt sich, dem Bundesministerium für Land- und  
Forstwirtschaft zum Entwurf des oben genannten Abkommens  
folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern ist  
durchaus der Meinung, daß Zusammenarbeit, gegenseitige  
Information über vorgesehene Bekämpfungsmaßnahmen und Aus-  
tausch von Experten durch das neue Abkommen wirkungsvoller  
gefördert werden können. Allerdings wären dabei Prioritäten  
zu beachten: Vordringlich sollten Maßnahmen gegen Luftver-  
unreinigung gesetzt werden, erst dann erscheint die Verfol-  
gung des vorliegenden Entwurfes sinnvoll.

Der bisherige Vertrag vom 30.3.1950, BGBl 108, hatte ledig-  
lich die landwirtschaftlichen Schädlinge zum Gegenstand und

- 2 -

soll nun, was sich aus dem Bezug auf die internationale Pflanzenschutzkonvention, BGBl 1953/86, ergibt, auf die gesamte Land- und Forstwirtschaft ausgedehnt werden, womit auch dem Inhalt des Teiles II des Pflanzenschutzgesetzes, BGBl 1954/236, Rechnung getragen wird. Da das Abkommen 1950 nur die Landwirtschaft behandelt hat, sind in der Folge im forstlichen Bereich eigenständige Regelungen mit BGBl 1962/115 (Maßnahmen zum Schutz des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz) entstanden. Der Anlaß 1962 waren hohe Einfuhren schädlingsbefallenen Nadelholzes aus der UdSSR, ab 1981 hat sich dieses Gesetz schrittweise gegen solche Einfuhren aus der CSSR sehr bewährt.

Hier muß nun darauf hingewiesen werden, daß die weitaus stärkste Bedrohung der Wälder sich nicht aus biotischen Schäden ergibt, wie sie Art.1 lit.b umschreibt, sondern aus forstschädlichen Luftverunreinigungen. Die hohen Schwefeldioxid-Emissionen in der CSSR sind ebenso allgemein bekannt wie der dadurch sich ergebende Zustand der Wälder in der CSSR. Der "Import von Luftschadstoffen" ist also unvergleichlich bedeutungsvoller als der Import von phytosanitären Schädlingen. Bevor die CSSR die von Österreich geforderte zahlenmäßig verpflichtende vertragliche Festlegung auf Reduktion forstschädlicher Luftverunreinigungen (Emissionen) nicht vorgenommen hat, sollten andere bilaterale Vereinbarungen vorerst nicht in Angriff genommen werden. Es wird daran erinnert, daß Punkt 5 des 12-Punkte-Kataloges der Bundesländer mit den Forderungen zur Bekämpfung des Waldsterbens lautet: "Insbesondere möge der eheste Beitritt der CSSR zum Übereinkommen BGBl 1983/158 und die Aufnahme normativer Grenzwerte in dieses Übereinkommen betrieben werden." Auf eine parlamentarische Anfrage im Frühjahr 1984 hat der damalige Außenminister Lanc dazu für den Herbst 1984 die Aufnahme bilateraler Verhandlungen mit der CSSR angekündigt.

- 3 -

Wie wissenschaftliche Aussagen aus der BRD zeigen, ergibt sich ein Schaden nicht nur durch die trockene Deposition von Schadstoffen vor allem im Wald, sondern auch durch die nasse Deposition, den sauren Regen im engeren Sinn, für die landwirtschaftlichen Böden. Es wird daher vorgeschlagen, mit der Behandlung des vorliegenden Entwurfes auszusetzen, bis die grenzüberschreitenden forstschädlichen Luftverunreinigungen aus der CSSR unterbunden sind.

- - - - -

Art.1:

Durch die Definition des Warenkreises im Art.1 wird auch Holz in Rinde vom Abkommen erfaßt. Der Entwurf führt nun de facto (durch die Ausstellung von phytosanitären Bescheinigungen durch den Lieferstaat) zu einer Umkehrung der Kontrollbefugnis bei der Einfuhr von schädlingsbefallenem Holz in Rinde. Bisher stellen die österreichischen Behörden durch eigene Untersuchungen fest, ob das Holz schädlingsbefallen ist. Nunmehr soll der ausländische Lieferstaat feststellen, daß das Holz schädlingsfrei ist und die österreichischen Behörden müßten den Gegenbeweis antreten. Die Verfahrenslage nach dem Entwurf würde Maßnahmen gegen schädlingsbefallenes Holz aus der CSSR stark erschweren und damit das einzig wirksame Instrument zur Kontrolle solcher Importe stark schwächen.

Wegen dieser gewichtigen, speziell für den Bereich Forst/Holz geltenden Umstände wird vorgeschlagen, den Warenkreis in Art.1 auf Pflanzen und Waren pflanzlicher Herkunft "mit Ausnahme von Holz des Kapitels 44 des österreichischen Zolltarifes" einzuschränken. Dieser Antrag wird folgerichtig zum jetzt vorliegenden Entwurf gestellt. Wird antragsgemäß die Frage der Luftverunreinigung (zwischenstaatliche Vereinbarungen

- 4 -

zu deren Verhütung) vorgezogen, so wird dann eine Überprüfung des Ausschlusses von Holz möglich sein.

Art.2:

Die in Abs.2 vorgesehene Schadfaktorenliste, die von den zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien zu erstellen ist, wird nach vorliegenden praktischen Erfahrungen befürwortet.

Art.4:

Da gemäß Art.3 Abs.1 ohnehin die Vorschriften des Einfuhrlandes zu beachten sind, also auch Auflagen bezüglich Verpackung und Transport, kommt der Verwendungszusage in Abs.2 wenig praktische Bedeutung zu.

Art.8:

Der Präsidentenkonferenz ist der Vorschlag zugegangen, die <sup>gemeinsamen</sup> Beratungen nicht nur "entsprechend dem Bedarf" zu vereinbaren, sondern auch ein Höchstintervall (z.B. mindestens alle 2 Jahre) festzulegen.

- - - - -

Das Präsidium des Nationalrates wird von dieser Stellungnahme durch Übersendung von 25 Abzügen verständigt.

Der Präsident:  
gez. Ing. Dertler

Der Generalsekretär:  
gez. Dr. Korbl